

## Anfrage

Landtag von Niederösterreich

Landtagsdirektion

Eing.: 16.04.2026

Ltg.-**965/XX-2026**

der Abgeordneten Mag.<sup>a</sup> Silvia Moser MSc

gemäß 39 Abs. 2 LGO 2001

an Landesrätin Eva Prischl

betreffend **zusätzliche Finanzmittel für Rettungsorganisationen**

Organisationen wie das Rote Kreuz oder der Arbeiter-Samariter-Bund stellen tagtäglich die Rettungsdienste und den Krankentransport in Niederösterreich sicher, vom städtischen Bereich bis in die kleinsten ländlichen Gemeinden.

Die Johanniter NÖ haben vor Kurzem im Auftrag der NÖ Landesgesundheitsagentur sämtliche Sekundärtransporte in Niederösterreich (ausgenommen Thermenregion mit Notarztbesetzung) übernommen.

In den vergangenen Wochen haben die anhaltend hohen Treibstoffpreise zu erheblichen Mehrkosten im laufenden Rettungs- und Krankentransportbetrieb geführt, was von den betroffenen Organisationen auch öffentlich in den Medien thematisiert wurde. Allein das Rote Kreuz Niederösterreich rechnet für 2026 mit rund zwei Millionen Euro an zusätzlichen Spritkosten. Der Samariterbund fordert eine Befreiung von der Mineralölsteuer (MÖSt) für Rettungsorganisationen, um die finanzielle Belastung bei Rettungs- und Krankentransporten zu senken.

Die Kostensteigerungen treffen Einrichtungen, die im Auftrag des Landes zentrale Leistungen der Daseinsvorsorge erbringen und ohnehin unter Personalmangel, steigenden Sachkosten und wachsendem Einsatzaufkommen leiden. Gleichzeitig setzt die Landesregierung mit dem Gesundheitsplan 2040+ auf eine tiefgreifende Umstrukturierung im Spitals- und Rettungswesen, die vielerorts mit der Sorge vor Ausdünnung von Angeboten und längeren Fahrwegen verbunden ist.

Wenn Einsatzwege mehr und länger werden, steigen automatisch auch Treibstoffverbrauch und Betriebskosten der Rettungsorganisationen, ohne dass deren Finanzierung bisher sichtbar an diese Entwicklungen angepasst wurde.

Um Transparenz über die aktuelle Situation und die geplanten Schritte der Landesregierung zu erhalten, stellt die gefertigte Abgeordnete folgende

## ANFRAGE

1. Liegen der Landesregierung aktuelle, belastbare Daten über die Mehrkosten der niederösterreichischen Rettungsorganisationen infolge der gestiegenen Treibstoffpreise vor?

2. Wenn ja, in welchem finanziellen Umfang sind diese Mehrkosten seit Beginn des Jahres 2026 bei sämtlichen in Niederösterreich tätigen Organisationen für Rettungs- und Krankentransporte entstanden?
3. Welche konkreten Rückmeldungen über finanzielle Mehrbelastungen aufgrund der Treibstoffkosten haben die in NÖ tätigen Organisationen für Rettungs- und Krankentransporte seit Anfang 2026 an das Land Niederösterreich herangetragen?
4. Welche Gespräche hat es seitens der zuständigen Landesrätin bzw. der Landesregierung mit den Rettungsorganisationen zu diesem Thema gegeben (bitte ebenfalls um Auflistung nach Datum, teilnehmenden Organisationen und wesentlichen Inhalten)?
5. Sind von Seiten des Landes Niederösterreich Unterstützungs-, Abgeltungs- oder Nachzahlungen vorgesehen, um die durch die erhöhten Treibstoffpreise entstandenen Mehrkosten der Rettungsdienste abzufedern?
6. Falls ja, in welcher Höhe sind diese Mittel vorgesehen und nach welchen Kriterien sollen diese Mittel auf die einzelnen Organisationen verteilt werden?
7. Falls keine Unterstützungs- oder Nachzahlungen vorgesehen sind, aus welchen Gründen wird davon abgesehen? Wie stellt die Landesregierung in diesem Fall sicher, dass die Rettungsorganisationen ihre Leistungen weiterhin in vollem Umfang und flächendeckend erbringen können?
8. Erhalten die Johanniter NÖ zusätzliche Zahlungen vom Land NÖ da sie seit der Beauftragung der Sekundärtransporte (2025) einen deutlich erhöhten Aufwand durch mehr Fahrten, mehr Fahrzeuge und zusätzliche Stützpunkte haben?
9. Plant das Land Niederösterreich, die bestehenden Leistungsvereinbarungen und Finanzierungsmodelle mit den Rettungsorganisationen vor dem Hintergrund steigender Energie-, Personal- und Sachkosten insgesamt zu überarbeiten?
10. Falls ja, welche Anpassungen sind konkret vorgesehen (z. B. indexierte Kostendynamik, gesonderte Energiekostenabgeltung)? Bis wann soll eine solche Überarbeitung erfolgen?
11. Falls nein, wie begründet die Landesregierung das Ausbleiben einer strukturellen Anpassung der Finanzierung, obwohl die Kostenentwicklung die Rettungsorganisationen zunehmend unter Druck setzt?
12. Welche Maßnahmen setzt oder plant die Landesregierung, um sicherzustellen, dass die Bevölkerung in allen Regionen Niederösterreichs auch künftig rasch und verlässlich auf professionelle Rettungsdienste zurückgreifen kann, ohne dass diese an den Mehrkosten zugrunde gehen?